



Kiel, 28. Juni 2018
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t (n e u)

über die 35. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 27. Juni 2018, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Beginn: 14:00 Uhr

1. Bericht der Landesregierung über Inhalt und Beratungsstand des neuen Rundfunkstaatsvertrages

Antrag des Abg. Stefan Weber (SPD)

[Umdruck 19/1111](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss.

2. Petition L2121-18/999; hier: Strafvollzug; Arbeitsentgelt

Ausschussvorlage des Petitionsausschusses gemäß § 41 Absatz 3 GeschO

[Umdruck 19/986](#)

Der Ausschuss nahm von Abg. Peters als Berichterstatter für den Petitionsausschuss einen Bericht über die Behandlung einer Petition zur ungleichen Bezahlung von Untersuchungshäftlingen und Strafgefangenen entgegen und schloss die Beratung über die Vorlage, [Umdruck 19/986](#), damit ab.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Berücksichtigung größerer Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnhäusern

Gesetzentwurf der Volksinitiative „Für größere Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung“

[Drucksache 19/663](#)

Mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD bei Enthaltung des SSW beschloss der Ausschuss, dem Landtag den Gesetzentwurf der Volksinitiative, [Drucksache 19/663](#), zur Ablehnung zu empfehlen.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Zulassung von Verfassungsbeschwerden

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/719](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und um Einreichung der Stellungnahmen bis Mitte September 2018 zu bitten. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis 4. Juli 2018 anzuzeigen.

5. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz und zur Sicherung von Wohnraum (Wohnraumschutzgesetz - WoSchG)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/721](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, eine schriftliche Anhörung unter Einbeziehung des Änderungsantrags der SPD, [Umdruck 19/1143](#) (neu), durchzuführen und um Einreichung der Stellungnahmen bis Mitte September 2018 zu bitten. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis 4. Juli 2018 anzuzeigen.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/746](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/790](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, sich dem Verfahren des federführenden Finanzausschusses anzuschließen.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Jagdsteuer (Änderung des Kommunalabgabengesetzes)

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/758](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und um Einreichung der Stellungnahmen bis Mitte September zu bitten. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis 4. Juli 2018 anzuzeigen.

8. Rechtssicherheit beim Fotografieren in der Öffentlichkeit erhalten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/723](#)

Nach einer kurzen Diskussion beschloss der Ausschuss einstimmig, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und um Einreichung der Stellungnahmen bis Mitte September 2018 zu bitten. Die Anzuhörenden sind der Geschäftsführung bis 4. Juli 2018 anzuzeigen.

9. Verschiedenes

Die nächste Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses findet am 22. August 2018 mit einer mündlichen Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung, [Drucksache 19/564](#), statt.

Schluss: 14:55 Uhr

gez. Dörte Schönfelder